

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1882

34 (9.2.1882)

Beilage zu Nr. 34 der Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 9. Februar 1882.

Badischer Landtag.

Karlsruhe, 7. Febr. 15. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. (Fortsetzung statt Schluß aus dem gestrigen Hauptblatt.)

Der Präsident theilt hierauf dem Hause mit, daß ein Antrag auf Abänderung des Gesetzes „die Gewährleistung bei Viehmängeln betr.“, sowie ferner ein Schreiben des Herrn Präsidenten des Finanzministeriums eingelaufen sei betreffend die Höhe der Matrifularbeiträge für die Zeit vom 1. April 1882 bis dahin 1883, ferner Betrag des Antheils am Ertrag der Zölle und der Reichs-Stempelsteuer, und endlich das Ergebnis des Erlöses aus Holz aus den Domänenwaldungen für 1881.

Dieses Schreiben wurde der Budgetkommission zur weiteren Behandlung zugewiesen.

Mit Uebergang zum zweiten Gegenstand der Tagesordnung, „Berathung des Berichts der Budgetkommission über das Budget des Großh. Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts Tit. I—VII und Tit. VI“ betont der Präsident, daß der eigentliche Titel der Tagesordnung die „Berathung über das Finanzgesetz und speziell über den Etat des Justizministeriums“ sei, und daß er deshalb das Wort auch zu Ausführungen über das Finanzgesetz selbst ertheilen werde.

Der Abg. Schneider meldet sich zunächst zum Wort: Der Herr Präsident des Finanzministeriums habe in seinem Vortrag zu dem Finanzgesetz-Entwurf für die Budgetperiode 1882/83 seine Freude darüber ausgesprochen, daß dieses Budget mit einem Einnahmeüberschuß abschließe. — Diese Aeußerung könne zu dem Glauben veranlassen, als sei dieser günstige Abschluß auf eine Bessergestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse zurückzuführen. Dies sei nicht der Fall. Lediglich äußere Verhältnisse hätten diesen Erfolg bewirkt. — Eine wirkliche Besserung der wirtschaftlichen Lage würde sich in einer Vermehrung der Steuerbeiträge ergeben, aber davon sei in dem neuen Budget nichts zu verspüren.

Der Einnahmeüberschuß im neuen Budget resultire aus der Mehreinnahme aus dem Ertrag der Zölle und der Tabaksteuer, aus der Reichs-Stempelsteuer, der Mehreinnahme an Gerichtskosten und endlich aus der durch den letzten Landtag verwilligten wesentlichen Steuererhöhung. — Addire man die aufgezählten Posten, so ergebe sich eine Summe von sieben Millionen an neuen Einnahmen und es könne diesen Thatsachen gegenüber der Herr Präsident des Finanzministeriums die erwähnte Bemerkung in seinem Vortrag nur dahin verstanden haben, daß er sich über den geordneten Zustand der Finanzen freue. Immerhin sei jene Bemerkung geeignet, Mißverständnisse wach zu rufen außerhalb des Hauses.

Was die Frage betreffe, in welcher Weise der thatsächlich vorhandene Ueberschuß verwendet werden solle, so lasse sich darüber eigentlich erst reden, wenn das Budget vollständig durchberathen sei. Immerhin wolle er aber jetzt schon darauf hinweisen, daß eine Erleichterung wohl dringender anzuerkennen sei: die Abschaffung der Fuhrbansteuer. Redner vertritt sich eingehend über diesen Punkt und fährt dann fort:

Er müsse im Uebrigen anerkennen, daß das Budget mit äußerster Sparsamkeit aufgestellt sei. Indessen glaube er, daß man mit der Vereinfachung in der Organisation der oberen Behörden nicht zu weit gehen dürfe. So habe bereits die Einziehung einer Anzahl von Obergemeindeämtern zu Mißständen geführt und bewirkt, daß der Verkehr mit diesen Stellen für das Publikum häufig schwieriger und kostspieliger geworden sei. — Der Präsident bittet den Redner, nicht zu sehr in Details einzugehen.

Abg. Schneider fährt fort: Er werde jede Vereinfachung in der Organisation der Behörden mit Freuden begrüßen, wenn sie nur ohne Beschränkung und Kosten für das Publikum eingeführt werden könnte.

Redner bespricht hierauf die neuerdings in den Amtsgefängnissen eingeführte Kostreduktion und macht darauf aufmerksam, daß eine solche Untersuchungsgefängnisse gegenüber doch wohl nicht am Platze sei. — Was die veranschaulichte Minderung der in den Central-Strafanstalten gerichteten Fleischportionen betreffe, so habe er dagegen nichts einzuwenden, wenn die ärztlichen Berichte sich nicht ungünstig über diese Maßregel ausdrückten.

Redner berührt dann noch die Art und Weise, wie seinerzeit die Liquidation der Kriegskosten dem Reiche gegenüber gesehen sei, gibt aber selbst zu, daß es nicht gerechtfertigt sei, daraus heute noch einen Vorwurf abzuleiten.

Endlich erwähnt Redner, er habe seinerzeit auf die Rubrik „Verschiedene und zufällige Ausgaben“ hingewiesen. Der Abg. Schuch sei ihm damals entgegengetreten, weil die hier aufgeführten Beträge unerheblich seien. Er habe darum die Sache näher geprüft und gefunden, daß die Summen, welche unter den Posten „Verschiedene und zufällige Ausgaben“ aufgeführt wurden, gar nicht unbedeutend seien. Dazu kämen die „Sonstigen Ausgaben“ und der „Bureauaufwand“. Diese drei Rubriken ergäben zusammen einen Aufwand von etwa 1 1/2 Millionen, der nicht entziffert sei. — Dies sei ein Mißstand.

Redner schließt mit dem Bemerkten, im Lande draußen glaube man, es stünden viele Millionen zur Verfügung, und diese Auffassung müsse man berichtigen.

Abg. Lender: Der Abg. Schneider habe mit Recht konstatiert, daß der Einnahmeüberschuß im Budget nicht

auf Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse beruhe. Der Rückgang des Volkswohlstandes dauere fort in besorgniserregender Weise. In Folge davon nähmen die Auswanderungen immer größere Dimensionen an. Beachtenswerth sei dabei, daß nicht etwa nur junge Leute auswanderten, um sich der Militärpflicht zu entziehen, und etwa Arme, sondern Familien des Mittelstandes, die wegen des wirtschaftlichen Rückgangs ihr Anwesen verkaufen und in der Fremde ihr Glück versuchten. — Diese Erscheinungen drängten zur allergrößten Sparsamkeit. Von dem Streben nach Sparsamkeit solle man sich darum auch bei Berathung des Budgets leiten lassen und namentlich die Lokalinteressen den Gesamtinteressen unterordnen. — Er und seine politischen Freunde erstrebten vor Allem eine weitere Vereinfachung der Organisation auf allen Gebieten des Staatswesens. Damit hand in Hand müsse eine bescheidenere Ausstattung der Institute des Landes gehen. — Die drei vorhandenen Hochschulen belasteten das Land zu sehr; die verfügbaren Mittel reichten nicht aus, dieselben auf der Höhe der Wissenschaft zu erhalten.

Der Abg. Schneider habe die Ueberschüsse auf die günstige Einwirkung der Politik des Reichs zurückgeführt. Hier müsse er nun bemerken: es habe sich der Hr. Präsident des Finanzministeriums bei der Berathung der Rechnungsnachweisungen über die Budgetperiode 1878/79 bezüglich der Stellung der Großh. Regierung zu den aus dem Reiche zufließenden Einnahmen in einer Weise geäußert, welche keine sympathische Aufnahme gefunden habe. Allerdings existirte keine Schranke über die Art der Verwendung der Reichszuschüsse in den Einzelstaaten, aber es hätten die verbündeten Regierungen der Bevölkerung gegenüber die moralische Verpflichtung, diese Einnahmen zur Minderung der Steuerlast zu verwenden. Hier aber müsse vor Allem die Grundsteuer in's Auge gefaßt werden. Die Minderung dieser Steuer habe er und seine politischen Freunde in's Auge gefaßt.

Es sei vielfach auf gefallen, daß die Ergebnisse der letzten Landtags-Wahlen nicht im Einklange stünden mit früher gemachten Erfahrungen. Dies sei ein Beweis, daß das Volk die Ueberzeugung gewonnen habe, es könne so, wie bisher, nicht weiter gehen. Man dürfe eben die Steuerfähigkeit des Volkes nie außer Acht lassen.

Präsident des Finanzministeriums Geheimrath Ellstätter: Er könne es nur mit Befriedigung begrüßen, wenn das Finanzgesetz einer generellen Besprechung unterzogen werde. Das Streben der Großh. Regierung sei schon lange darauf gerichtet gewesen, das Budget nicht lediglich auf Grund der Spezialerlässe, sondern auch nach allgemeinen Gesichtspunkten behandelnd zu sehen.

Für die Veranlassung dieser Behandlung, sowie für die Beurtheilung des Budgets sei er den beiden Vorrednern dankbar, ja er schließe sich ihnen in verschiedenen Hauptpunkten an.

Wenn der Abg. Schneider behauptete, daß das Budget nicht so günstig sei, als man nach dem Vortrag des Redners bei Uebergabe des Etats annehmen müsse, so habe er zu erwidern, jene Bemerkung habe nur die Befriedigung des Redners darüber bekunden sollen, daß die Ordnung in der Finanzverwaltung wieder hergestellt sei. Wenn er auch dort hervorgehoben habe, Spuren der Besserung seien bereits zu bemerken, so habe er doch keineswegs verkannt, daß eine sehr erhebliche Besserung auf dem wirtschaftlichen Gebiete bis jetzt nicht eingetreten sei. Nur darüber, daß es gelungen sei, die Bedürfnisse des gesamten Staatsaufwandes aus den ordentlichen Einnahmen zu decken, habe er seine Freude ausgesprochen.

Man dürfe nicht außer Acht lassen, daß man durch eine Periode hindurchgegangen sei, die im Zusammenhang mit der nach dem Kriege eingetretenen wirtschaftlichen Prosperität große Anforderungen an den Staat gestellt und damit einen beträchtlich erhöhten Staatsaufwand herbeigeführt habe. Die jetzige Finanzlage sei das Resultat dieser Verhältnisse. Die Ausgaben seien geblieben: die Quellen aber, aus denen man bisher geschöpft, theilweise ausgeblieben oder unergiebig geworden. Während der 50er und 60er Jahre, bis zum Jahre 1866 sei eine stetige Besserung in der Finanzlage bemerkbar gewesen. Die Ausgaben konnten aus den ordentlichen Einnahmen und den Ueberschüssen der Verwaltung gedeckt werden.

Vom Jahre 1866 an sei eine ungünstige Wendung zu verzeichnen. Die Amortisationsklasse habe damals mit einer bedeutenden Kriegsschuld belastet werden müssen. — Dies und die Annahme der preussischen Wehrverfassung machte eine Steuererhöhung unabwendbar; die Grund- und Häusersteuer wurde von 19 kr. auf 26 kr. erhöht, ebenso die Gewerbesteuer, die Kapitalsteuer von 6 auf 9 kr. Nicht minder wurden die indirekten Steuern gesteigert.

Diese Steuererhöhung beschränkte sich indes auf das geringste, durch die Nothwendigkeit geforderte Maß. Sie reichte eben hin, die ordentlichen Staatsausgaben zu decken, und so kam es, daß schon in dem Finanzgesetz für die Periode 1868/69 die ordentlichen Einnahmen und vorhandenen Ueberschüsse zur vollständigen Deckung der Ausgaben nicht mehr ausreichten. Es mußte eine Schuldenvermehrung in das Finanzgesetz aufgenommen werden. Die Lage war gegen früher entschieden ungünstiger geworden.

Wäre das Jahr 1870 nicht gekommen, so hätte eine weitere Steuererhöhung eintreten müssen.

Der Antheil an der Kriegskontribution brachte aber mit

einem Male wesentliche Erleichterung. Nur durch Verwendung dieser Kriegskontribution zur Deckung der Schulden wurde es möglich, die Anforderungen des Budgets ohne Steuererhöhung zu decken.

Diese günstige Lage bewirkte jedoch andererseits, daß auch wieder reichlicher gewirtschaftet wurde, daß der ordentliche Staatsaufwand sich wiederum erheblich steigerte.

Man holte vielfach auch nach, was früher wegen Mangel an Mitteln nicht ausgeführt worden war. — Dies konnte durch mehrere Perioden hindurch fortgesetzt werden, weil in der Bevölkerung das wirtschaftliche Leben gedieh und die Konsumtionsfähigkeit wuchs.

Allmähig mußte jedoch diese günstige wirtschaftliche Erscheinung zurücktreten; die Ueberspannung erzeugte einen Rückschlag.

Während die Staatsausgaben bleibend gestiegen waren, gingen die Verwaltungsüberschüsse mehr und mehr zurück. Seit 1875 und 76 verminderten sich die Einnahmen aus Domänen und aus Steuern nicht unerheblich.

Diese Erscheinungen mußten zur besondern Vorsicht mahnen, sie konnten vielleicht auch dafür sprechen, daß die Voranschläge nicht überall vorsichtig genug gegriffen waren.

Schließe gleichwohl das neue Budget mit einem Einnahmeüberschuß ab, so müsse die Wahrnehmung, daß der Staatsaufwand vollständig aus den ordentlichen Einnahmen gedeckt werde, gewiß Befriedigung gewähren — daß dieser Zustand auf natürlichem Wege herbeigeführt worden sei, verstehe sich von selbst. Ohne die Steuererhöhungen vom Jahre 1880 und ohne die Einführung neuer Reichssteuern wäre es nicht möglich gewesen, das Gleichgewicht herzustellen; auch nicht möglich gewesen, an die Eisenbahn-Schuldentilgungs-Kasse einen Zuschuß zu zahlen, der im Interesse der Solidität unserer Eisenbahn-Finanzen und des Staatskredits habe erfolgen müssen. Einzig und allein dieser Eisenbahn-Zuschuß habe die Steuererhöhung des vorigen Landtags verursacht; letzterer könne daher bei Betrachtung des übrigen Staatshaushalts füglich außer Betracht bleiben. — Die Reichseinnahmen hätten es ermöglicht, unser Budget zu begleichen.

Einer bezüglichen Ausführung des Abg. Lender gegenüber müsse er richtig stellen, daß er lediglich in formeller Beziehung seinerzeit dem Abg. Junghans erwidert habe, es sei ihm keine Bestimmung bekannt, wonach die Einzelstaaten verpflichtet wären, die Einnahmen aus dem Reich lediglich zur Steuererleichterung zu verwenden.

Eine moralische Verpflichtung, die Steuerlast zu erleichtern, existire allerdings. Allein so lange die erforderlichen Mittel nicht vorhanden seien, könne von einer solchen Erleichterung nicht gesprochen werden. Die Regierung behalte diesen Punkt fortgesetzt im Auge und sobald eine Periode der Ueberschüsse eintrete, werde auch auf Steuererleichterung Bedacht zu nehmen sein.

Wenn im gegenwärtigen Augenblick davon gesprochen werde, man solle die Einnahmen aus dem Reich zur Steuererleichterung verwenden, so erwidere er, daß dies einfach unmöglich sei. Mit Rücksicht auf die gestiegenen Ausgaben und die sehr erheblichen Mindereinnahmen, welche letztere namentlich bei der Forstverwaltung, bei der Weinsteuer, Liegenschafts-, Erbschafts- und Schenkungsacasse eintreten, seien die Reichseinnahmen zu guter Stunde gekommen, um das Budget in einen befriedigenden Stand zu bringen.

Wenn die Großh. Regierung sich die allergrößte Sparsamkeit zum Prinzip gemacht habe, so glaube sie doch hierin nicht zu weit gegangen zu sein. Bei Vereinfachungen der Organisation würden ja wohl immer Lokalinteressen empfindlich berührt, aber diese müßten eben dem allgemeinen Interesse weichen. — Speziell die Minderung der Zahl der Bezirksstellen habe, wie man im Voraus vermuthet, vielfach unangenehm berührt, allein man habe eben genau geprüft, wo etwa eine Ersparniß an Beamten eintreten könne, und dabei gefunden, daß man 6 Bezirksstellen, und zwar an den hierzu ausersesehenen Amtsorten eingehen lassen könne. Ob dies auf die Dauer angängig sei, müsse die Zukunft lehren.

Daß durch derartige Vereinfachungen die Bevölkerung zu größeren Kosten veranlaßt würde, sei wohl nicht zutreffend. Größere und kleinere Bezirke müßten immer gebildet werden und nicht Jeder könne am Amtssitz wohnen. Uebrigens nehme man gerade in Baden auf die Wünsche und Bedürfnisse der Bevölkerung mehr Rücksicht, als in manchen andern Staaten.

Der Abg. Schneider habe nochmals das Thema der Liquidation der Kriegskosten erwähnt. Man hätte diesen schon vielfach erörterten Punkt wohl füglich unberührt lassen können. Jedenfalls sei bei Gelegenheit dieser Liquidation seitens der Großh. Regierung nichts veräußert worden. Dieselbe habe damals mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln die ihr angekommene Rückzahlung zu hindern versucht. Sie habe auf die exceptionelle Lage hingewiesen, in der sie sich zu jener Zeit befunden, um darzutun, daß man ihr billiger Weise die Rückzahlung nicht zumuthen könne, auch zu gleichem Zwecke hervorgehoben, daß sie ja eigentlich berechtigt gewesen wäre, noch größere Beträge zu liquidiren. Uebrigens wäre wohl bei wirklich erfolgter Mehrliquidation gar mancher Posten bestanden worden.

Was die „verschiedenen und zufälligen Ausgaben“, „den Bureauaufwand“ und die „sonstigen Ausgaben“ betreffe, so müsse er darauf hinweisen, daß sich gewisse Ausgaben

Badische Chronik.

nicht rubrizieren ließen. Diese wurden hier untergebracht. Uebrigens sei Gelegenheit zur Prüfung in Folge der stets stattfindenden Entzifferung gegeben.

Redner schließt mit dem Bemerkten: Er hoffe, daß die gegebenen Erklärungen zur Genüge zeigten, wie er nur habe feststellen wollen, daß nunmehr die ordentlichen Einnahmen ausreichen, die ordentlichen und außerordentlichen Ausgaben zu decken, und daß dies als eine günstige Lage des Budgets zu betrachten sei. Hätten sich erst die wirtschaftlichen Verhältnisse gebessert, so werde man auch auf die Möglichkeit einer Erleichterung der Steuerlast hoffen dürfen.

Der Abg. Schöch betont zunächst dem Abg. Lender gegenüber, daß auch schon der frühere Landtag die Steuerkraft des Volkes stets im Auge gehabt habe. Zudem habe die vorzugsweise aus liberalen Mitgliedern gebildete Budgetkommission des letzten Landtags gegenüber den Vorschlägen der Großh. Regierung erheblich geringere Summen beantragt und auch die Mehrausgabe des neuen Budgets sei die Budgetkommission ernstlich bemüht auf ein geringeres Maß zu reduzieren.

Was die Ausführungen des Abg. Schneider betreffe, so zeigten diese, daß er seine Auffassung bezüglich der Ausgaben geändert habe. Früher habe er stets für die Ausgaben gesprochen, heute mahne er zur Sparsamkeit. — Man habe eben im Laufe der 70er Jahre einen zu großen Optimismus gezeigt und geglaubt, die damals bestehenden Verhältnisse seien die normalen. — Es scheint ihm ein Hauptmißstand, daß man seinerzeit das Anwachsen der Gemeindesteuern nicht beachtet habe. Die Gemeindefinanzen seien enorm gestiegen. Draußen empfinde man den Druck und daraus entspringe Unzufriedenheit.

Wenn der Abg. Schneider hoffe, der bleibende Ueberschuß werde zur Verringerung der Flußbahn-Steuer verwendet werden, so glaube er, daß eine Verichtigung des Grundsteuer-Fußes viel notwendiger sei. Die Grundsteuer müsse auf gleichem Fuße stehen mit der Erwerbsteuer. Letztere sei zu nieder angekommen. Hier müsse eine Verichtigung alsbald vorgenommen werden, damit man seinerzeit, wenn die Uebertragung der Kreislasten auf den Staat stattfände, bei Erhöhung der Staatssteuer eine richtige Grundlage habe. — Zum Schluß weist Redner noch die Behauptung des Abg. Schneider zurück, daß die „rothen Hefen“ der Regierung Geheimnisse bezüglich der Ausgaben enthielten. Er glaube, wenn man eine Oberrrechnungskammer, eine konstitutionelle Regierung und Kammer habe, sei für ausreichende Prüfung der Ausgaben hinreichend gesorgt. — Die von dem Abg. Schneider beantragte Rubrik der „verschiedenen und zufälligen Ausgaben“ verdiene keinerlei Mißtrauen, denn die einzelnen hier eingestellten Beträge würden entziffert und dem hohen Hause zur Prüfung vorgelegt.

Der Abg. Pfleger führt dem Abg. Lender gegenüber aus, daß der Hauptgrund der Zunahme der Auswanderung in der Besteuerung der notwendigsten Lebensbedürfnisse zu suchen sei. — Die neue Steuerreform sei allein hierfür verantwortlich zu machen.

Redner erwähnt weiter, das Wachsen der Einnahmen aus Reichsbeiträgen habe keinen Nutzen, so lange die Materialbeiträge in gleichem Verhältnis wüchsen. — Er gibt sich ferner der Hoffnung hin, daß der Beitrag an die Eisenbahn-Schuldentilgungs-Kasse aus allgemeinen Mitteln in Zukunft weggelassen werde, namentlich wenn man keine theueren Bahnen baue. — Endlich sei er der Ansicht, daß die Großh. Regierung noch in den oberen Beamtenstellen Ersparnisse eintreten lassen könne, namentlich durch Vereinfachung der Revisionen.

Abg. Edelmann. Das Streben der Regierung gehe dahin, die ordentlichen und außerordentlichen Ausgaben durch die ordentlichen Einnahmen zu decken. Dieser Grundsatz sei richtig, leider aber zu spät erkannt, denn in den guten Zeiten hätte man an den laufenden Ausgaben sparen müssen. Damals habe man aber auf die warnenden Stimmen nicht gehört. Gleichwohl könne man in Anwendung des richtigen Grundsatzes weit gehen. Es könnten Zeiten eintreten, wo außerordentliche Ausgaben geradezu notwendig seien. — In einer Zeit wie die jetzige sei es nicht angezeigt, absolut aus den laufenden Einnahmen den ganzen Betrag der Staatsausgaben zu decken. Die Noth im Volke sei groß; Ganten und Vollstreckungen mehrten sich und die Steuern seien innerhalb 20 Jahren auf das Doppelte gestiegen. — Was soll man thun, um dieser Noth zu steuern? Die verbündeten Regierungen hätten sich verpflichtet, aus den Reichseinnahmen Ermäßigung der Grundsteuer eintreten zu lassen. Er beantrage nun nicht, daß man den Ueberschuß direkt zur Minderung der Steuern verwende, aber jedenfalls könne davon keine Rede sein, daß man jetzt etwas an die Amortisationskasse abführe zur Tilgung einer Schuld.

Nach dem Budget sei ferner ein Zuschuß zur Deckung der Zinsen der Eisenbahn-Schuld vorgesehen. Er meine, man solle aus laufenden Einnahmen keine Schulden tilgen. Er sei endlich für die Uebernahme der Kreisumlagen auf die Staatskasse, für Erleichterung der kleinen Leute in Bezug auf Entrichtung der Brandweinsteuer.

Die Nothgebiete Abhilfe und man könne Erleichterung schaffen, wenn man die Dinge nur richtig ansähe. — Die direkten Steuern seien es, welche auf dem Mittelstand lasteten, und hier müsse Minderung eintreten.

Redner spricht zum Schluß noch aus, wie es wünschenswert sei, eine übersichtliche Darstellung der durch die neue Organisation herbeigeführten Ersparnisse zu erhalten. In dem Budget befände sich eine solche Uebersicht nicht.

Der Präsident macht darauf aufmerksam, daß die Budgetkommission keinen allgemeinen Bericht erstatten habe. (Schluß folgt.)

Karlsruhe, 8. Febr. (Karlsruher Bezirksverein deutscher Ingenieure. Sitzung vom 25. Januar 1882.) Nachdem der Vorsitzende eine Reihe geschäftlicher Mittheilungen gemacht hatte, darunter, daß die Herren Fabrikant Ed. Schmidt aus Durlach, Besitzer des Eisenwerks in Söllingen, und Fabrikant Bh. Henning aus Bruchsal dem Bezirksverein als Mitglieder beigetreten sind, hielt Hr. Maschineninspektor G. Bissinger den angekündigten Vortrag über centrale Weichenstellung.

Redner gab zunächst eine gedrängte Uebersicht über die verschiedenen bis jetzt zur Ausführung gekommenen Systeme von solchen Apparaten und ging sodann zur Erläuterung des Prinzips derjenigen Centralapparate über, wie sie jetzt in Deutschland hauptsächlich in Anwendung sind. Das Prinzip dieser Anlagen besteht darin, daß alle Weichen eines Bahnhofes oder Bahnhofsteils, welche in den von den ein- und ausfahrenden Zügen durchlaufenen Geleisen liegen oder zu diesen Geleisen hinzuführen, durch entsprechend konstruirte Gefänge mit dem Centralapparat verbunden sind und nur mittelst des letzteren bewegt werden können. Der Centralapparat enthält ferner auch die Hebel, mittelst deren die Fahrsignale bewegt werden, und bringt vermöge seiner besonderen Konstruktion die Signalhebel mit den Weichenhebeln in solche Verbindung, daß jedes Fahrsignal erst dann gegeben werden kann, wenn

a. alle von dem betreffenden Zuge zu durchzufahrenden Weichen richtig gestellt sind,

b. die übrigen Weichen so gestellt sind, daß in das von dem Zuge zu durchzufahrende Geleis kein anderes Fahrzeug gelangen kann,

c. die Fahrsignale für solche Züge, welche den Weg des betreffenden Zuges kreuzen oder berühren, auf Halt gestellt sind.

Der Centralapparat findet seine Aufstellung an einem solchen Platze und in solcher Höhe über dem Bahnhof-Plenum, daß der Centralwärter das ganze von dem Apparat umfaßte Gebiet übersehen kann.

Bei kleinen Bahnhöfen kann der Centralapparat in der nächsten Nähe des Verrons aufgestellt und von den Fahrdienst-Beamten selbst bedient werden. Bei größeren Bahnhöfen ordnet man, um die Weichengefänge nicht übermäßig verlängern zu müssen, mehrere Centralapparate an: meist zwei, für jedes Bahnhof-Ende einen, unter Umständen aber auch noch mehr. In diesem Falle muß eine Verbindung zwischen den Centralapparat-Wärtern und den Fahrdienst-Beamten hergestellt werden, was durch den sogenannten Blockapparat geschieht.

Durch diesen Apparat sind die in den Centralapparaten befindlichen Signalhebel für gewöhnlich verschlossen, so daß also ein Signal von dem Centralwärter nicht gegeben werden kann ohne Auftrag des Fahrdienst-Beamten.

Soll nun ein Fahrsignal gegeben werden, so erteilt der Fahrdienst-Beamte mittelst des Blockapparates dem Wärter des Centralapparates den Auftrag und gibt ihm gleichzeitig den betreffenden Signalhebel frei; an jedem Signalhebel ist ein Täfelchen angebracht, welches die Weichen angibt, die umgestellt werden müssen, und erst wenn dies richtig vollzogen ist, kann nun das Fahrsignal gezogen werden.

Auf diese Weise ist also der Fahrdienst-Beamte, der für die Einfahrt und Ausfahrt der Züge verantwortlich ist, wirklich im Stande, diese ganz nach seinem Willen zu leiten; ohne solchen Apparat ist die Sicherheit der Züge stets davon abhängig, ob die Weichensteller ihre Schuldigkeit thun und sich nicht irren.

Zwar sind die Kosten eines solchen Apparates sehr beträchtlich; allein sie werden reichlich aufgewogen durch die dadurch erzielte Sicherheit für den Fahrdienst und durch Ersparnisse an Löhnen für das Weichenwärter-Personal. Gewöhnlich sind letztere Ersparnisse sogar erheblich größer als die für die Verzinsung, Amortisation und Unterhaltung der Centralapparate erforderlichen Beträge; man hat daher vielfach in die Apparate auch solche Weichen einbezogen, welche nicht in den von den aus- und einfahrenden Zügen berührten Geleisen liegen, sondern nur beim Rangiren benötigt werden.

Redner erläuterte sodann eingehend unter Vorzeigung von Zeichnungen und Modellen die von der Firma Schnabel und Henning in Bruchsal konstruirten beiden Systeme von Centralapparaten, deren eines für kleinere Bahnhöfe mit wenig Weichen und Signalen bestimmt ist, während das zweite auch den ausgedehntesten und komplizirtesten Bahnhof-Anlagen angepaßt zu werden vermag, eben so die Weichengefänge, die Weichenstufen-Verhältnisse, Weichenentlastungs-Apparate und den mechanischen Blockungsapparat der gedachten Firma.

Schließlich gab der Vortragende noch einige Daten über die Kosten ausgeführter Anlagen und die dadurch erzielten Lohnersparnisse.

An den Vortrag schloß sich eine Diskussion an, in welcher zunächst Hr. Delisle darauf hinwies, daß in der Firma Schnabel und Henning schon vor längerer Zeit ein Projekt zu einem hydraulischen Apparat ausgearbeitet, leider aber, trotz günstiger Anerbietungen von Seiten der Erfinder, nicht in Anwendung gekommen sei. Er halte den Apparat für eben so sicher, wie die jetzt üblichen, die Handhabung der Hebel sei aber eine weit leichtere, weil sie lediglich zur Neuerung des hydraulischen Apparates zu dienen hätten.

Hr. Bissinger bemerkt dazu noch, daß er über schwer bewegliche Weichen nicht habe klagen hören, obgleich Weichen in 800, ja 500 m Entfernung vom Centralapparat noch bewegt würden.

Hr. Hart macht alsdann eine kurze Mittheilung über gelittene Riemen von G. Wuppermann in Aachen und Hr. Dollestedt zeigt einen von ihm vor etwa 10 Jahren konstruirten, einfachen Apparat zum Schneiden von Zahnrädern mit Innendrehung vor.

Nächste Sitzung am Dienstag den 7. Februar, Abends 8 Uhr, im „Prinz Wilhelm“. Vortrag des Hrn. Professor Dr. Engler. Die Beziehungen der Chemie zur Großindustrie.

4 Schweningen, 6. Febr. Auf Veranlassung des Pieder-4 schen wird Sonntag den 11. Juni d. J. in den Theateräumen des hiesigen Schlosses ein Sängertag abgehalten werden, dessen Leitung der Musikdirektor Henmann aus Mannheim übernehmen wird. — Die neu errichtete Haltestelle der Schweningen-Spreier Linie beim sogenannten Thalhaus wird dem Vernehmen nach häufig benötigt. — Der Rhein hat gegenwärtig einen so niedrigen Wasserstand, daß man trockenen Fußes durch das Bett des Rheins bei Reisch auf die gegenüberliegende Insel gelangen kann.

1 Tauberbischofsheim, 6. Febr. Der in Heidelberg verstorbenen Seminarlehrer a. D. Dr. Neumaier hat testamentarisch verfügt, es möchten seine sterblichen Ueberreste auf dem Friedhofe seiner Vaterstadt Tauberbischofsheim beigesetzt werden. Die Testamentseröffnung erfolgte aber erst nach seiner Beerdigung in Heidelberg. Deshalb wurde nach Bekanntwerden des Wunsches des Verstorbenen dessen Leiche auf dem Friedhofe Heidelberg wieder gehoben und hierher verbracht. Und so hat denn gestern dessen zweite Beerdigung unter außergewöhnlich

zahlreicher Leichenbegleitung stattgefunden. Unser Progymnasium erwies seinem ehemaligen Vorstande in vollzähliger Theilnahme seiner Lehrer und Schüler die letzte Ehre. Die Lehrer der hiesigen Präparandenschule mit ihren Schülern folgten dem Sarge, und Verehrer und Freunde des Verstorbenen in großer Zahl. — Das Tagesgespräch hier bildet zur Zeit der Plan der Erweiterung des hiesigen Progymnasiums zu einem Vollgymnasium. — Nach der obwaltenden Stimmung zu schließen, ist an der Aufbringung der nöthigen Mittel nicht zu zweifeln, im Falle die staatliche Genehmigung erteilt wird.

× Aus Baden, 8. Febr. Einem im Wochenblatt des landwirthsch. Vereins Nr. 6 vom Heutigen enthaltenen Aufsatze ist zu entnehmen: Ueber die Frage der Errichtung einer staatlichen Zwangsversicherung-Anstalt zum Zweck der Entschädigung aller unverschuldeten Verluste bei Rindvieh wurden die Gauverbände und die landwirthsch. Bezirksvereine zur Aeußerung veranlaßt. Für die Einführung einer solchen staatlichen Zwangsversicherung haben sich von 14 Gauverbänden nur 2, und von 68 Bezirksvereinen nur 10 ausgesprochen, namentlich der Palzgau mit 6 Vereinen. Sämmtliche übrigen Verbände und Vereine verhielten sich ablehnend.

2 Vom Bodensee, 6. Febr. Die atmosphärische Situation des verfloffenen Monats hat sich auch auf den Februar fortgepflanzt, so daß der am 8. v. M. eingetretene hohe Barometerstand und die ihn begleitende Trockenheit bis heute fast unverändert geblieben sind. Das Aussehen der Obstbäume verrieth einen außerordentlichen Blütenreichtum. Am 27. v. M. Nachmittags von halb 3 bis gegen halb 4 Uhr wurde an mehreren Orten die seltene Erscheinung sogenannter Regenbogen beobachtet. Um die Sonne bildete sich in weiter Entfernung ein vollständig geschlossener Ring, der einem Regenbogen ähnlich, aber an seinem größeren Theile farblos war. Nur an zwei Stellen, rechts und links von der Sonne, und in gleicher Höhe mit ihr, brachen in vollem Glanze die Regenbogen-Farben hervor. Die dadurch gebildeten Lichtflecken erweckten auf den ersten Blick den Eindruck, als ob drei Sonnen in einer Linie neben einander ständen. Ein dritter heller Fleck, der aber nur einen schwachen Anlauf von Lichtbrechung zeigte, befand sich zu oberst im Ring senkrecht über der Sonne. — Dieser Fata Morgana wurde am 31. Dezember v. J. dortselbst verstorbenen Ehefrau in Anwesenheit des als Untersuchungsrichter fungirenden Landgerichts-Raths Bauer von Konstanz fikt. Die gedachte Frau soll nach einer 11tägigen Krankheit unter Symptomen verstorben sein, welche Verdacht auf eine stoffliche Vergiftung durch ihren Ehemann hervorriefen. Ob die Untersuchung der Leiche den positiven Nachweis einer vorausgegangenen Vergiftung ergeben hat, vermögen wir nicht zu sagen. Der angebeschuldigte Ehemann ist verhaftet.

2 Vom Bodensee, 7. Febr. In der am 2. d. M. zu St. Gallen abgehaltenen Generalversammlung des landw. Bezirksvereins wurde das Projekt einer Zwangs-Viehversicherung beraten und der Wunsch ausgesprochen, daß solche Versicherungen auch auf andere nicht im Seuchengesetz enthaltene Krankheiten, wie z. B. die Pest, ausgedehnt werden möchten, obgleich die obligatorische Durchführung dieser Institution manchen Schwierigkeiten begegnen dürfte. — Anlässlich der im nächsten Frühjahr in Konstanz stattfindenden Mollereiausstellung, mit welcher zugleich eine Mustervieh-Ausstellung verbunden werden soll, gedenkt auch der Bezirk St. Gallen eine Anzahl Musterthiere (Kalbinnen) auszustellen. Zu diesem Behufe soll schon in Bälde Umschau nach Musterthieren im Bezirk gehalten und deren Besitzer zur sorgfältigen Pflege und guten Fütterung derselben angehalten werden. Zur Erleichterung der Konfuzenfähigkeit armerer Leute ist für solche eine angemessene Unterstützung aus der Vereinskasse in Aussicht genommen. — Das Anerbieten der Großh. Obstbau-Schule, Gelehrter von guten Obstsorten unentgeltlich an solche abzugeben, welche sich bis Mitte Februar darum beworben haben, wurde mit Dank entgegengenommen und von Seiten der Direktion betont, daß zur Beschaffung billiger, guter und für das Klima passender junger Obstbäume auf Staatshilfe zu hoffen sei, um die durch den Frost des Winters 1879/80 entstandenen Lücken wieder auszufüllen.

In Schleitheim, Thayngen und Stein a. Rh. läßt der Schaffh. Regierungsrath Koch- und Haushaltungskurse abhalten.

Landwirthschaftliche Besprechungen und Versammlungen.

Donaueschingen. Sonntag den 12. d. M., Nachmittags 2 Uhr im Hirsch zu Oberbaldingen Bezirksversammlung. Tagesordnung: Wahl der Vorstands- u. Mitglieder, Genehmigung der Rechnungen 1880 und 1881, des Voranschlags für 1882 und landw. Besprechung über Düngerverbesserung.

St. Blasien. Sonntag, den 12. d. M., Nachmittags 2 Uhr, Bezirksversammlung im Sternwirthschaftslocale zu Schluchsee. Tagesordnung: Rechnungsablage pro 1881; Aufstellung des Voranschlags pro 1882; Besprechung über Viehzucht und Milch-wirthschaft.

Müllheim. Sonntag den 12. d. M., Nachmittags 1½ Uhr, in der Blume in Hügelsheim Generalversammlung. Tagesordnung: Rechnungsablage pro 1881, Voranschlag pro 1882, Beschlüßfassung über eine abzuhaltende landw. Samensammlung, gemeinschaftlicher Bezug von Sämereien u., Vorführung des neuen Fenskes.

Wolfsch. Sonntag, den 12. d. M., Nachmittags 2 Uhr, im Gasthaus zum Schneeballen in Postetten landwirthschaftliche Besprechung, Vortrag des Herrn Obstbau-Lehrers Bach in Karlsruhe über Obstbau.

Korff. Sonntag den 12. d. M., Nachmittags 1½ Uhr, Besprechung über Ernährung des Viehstandes mit Rücksicht auf die geringen Futtervorräthe und Seuchengesetzgebung im Oden zu Badersweiler.

Achern. Sonntag den 12. d. M., Nachmittags 1½ Uhr, im Wagenwirthschaftslocale zu Fontenbach landw. Besprechung über Rindviehzucht und Düngerverbesserung.

Baden. Sonntag, den 12. d. M., Nachmittags 3 Uhr, im Gasthaus zum Hirsch in Sinsheim Besprechung über Obstbaum-zucht, vom Vorstand der Großh. Obstbau-Schule, Herrn Landwirthschaftslehrer Kerlinger von Karlsruhe eingeleitet.

Bruchsal. Sonntag den 12. d. M., Nachmittags 1½ Uhr, landw. Bezirksversammlung in Obenheim in der Post. Tagesordnung: Vortrag der Rechnungen von 1879 und 1880, Voranschlag für 1882, Besprechung über Viehwirthschaft und Weidenbau, eingeleitet von Hrn. Kreis-Wanderlehrer Schmidt aus Durlach.

Neckarbischofsheim. Sonntag, den 12. d. M., Nachmittags halb 3 Uhr, landw. Besprechung im Gasthaus zur Sonne in Trefschlingen. Herr Landwirthschaftslehrer Wunderlich von Eppingen wird einen Vortrag über Düngerverbesserung halten.

Handel und Verkehr. Handelsberichte.

In Heilbronn wird am 20. d. Mts., Vormittags 10 Uhr anfangend, im Gasthause zur Rose eine große Versteigerung von Gerbrinden abgehalten. Aus den Forstbezirken Leonberg, Bönnigheim, Gall, Schorndorf, Reichenstadt, Reichenberg, Wildberg und Merzhausen, sowie aus Hofdomänen und aus fürstl. Hohenlohe'schen Waldungen werden beiläufig 18,000 Zentner Glanzrinde (bis zu 12 Zentner am Stück), gegen 14,000 Zentner Raitelrinde (von 12-24 Zentner am Stück) und circa 11,000 Zentner Grobrinde zum Verkaufe ausgesetzt.

18-19 1/2, effektiv fremde 18 1/2-20. Hafer (per 200 Hüllpfund netto) effektiv hiesiger 16 1/2-17, effektiv fremder 16 1/2-17, per diesen Monat 16 1/2. Delsaaten (per 200 Hüllpfund netto) effektiv ohne Faß hiesig 32 1/2, in Partien von 50 Ztr., effektiv ohne Faß fremdes in Partien von 50 Ztr. per diesen Monat —. Branntwein (50% Trall per 160 Liter) effekt. ohne Faß 43. Köln, 7. Febr. Weizen loco hiesiger 24.—, loco fremder 23.50, per März 23.25, per Mai 23.—, Roggen loco hiesiger 20.50, per März 17.25, per Mai 17.—, Hafer loco 16.50, Kübbel loco 80.25, per Mai 29.20, per Oktober 29.20. Bremen, 7. Febr. Petroleum-Markt. (Schlußbericht.) Standard white loco 7.35, per März 7.40, per April 7.55, per Mai 7.65, per August-Dez. 8.30. Rubin. — Amerik. Schweine-schmalz Wilcox (nicht verzollt) 56 1/2. Paris, 7. Febr. Kübbel per Febr. 73.75, per März 74.—, per Mai-Aug. 74.50, per Sept.-Dez. 75.75. — Spiritus per Febr. 56.50, per Mai-Aug. 60.25. — Zucker, weißer, dish. Nr. 3, per Febr. 64.10, per Mai-Aug. 66.50. — Mehl, 9 Marken, per Febr. 65.50, per März 65.50, per März-Juni 65.50, per Mai-Aug. 65.75. — Weizen per Febr. 30.75, per März 30.90, per März-Juni 31.—, per Mai-Aug. 30.75. — Roggen per Febr. 20.50, per März 20.75, per März-Juni 21.—, per Mai-August 20.50.

Antwerpen, 7. Febr. Petroleum-Markt. Schlußbericht. Stimmung: Fein. Raffinirt. Type weiß, dish. 18 1/2, d. 18 1/2 B. New-York, 6. Febr. (Schlußbericht.) Petroleum in New-York 7 1/2, dto. in Philadelphia 7 1/2, Mehl 5.45, Rother Winterweizen 1.44 1/2, Mais (old mixed) 71, Sabanna-Zucker 6 1/2, Kaffee, Rio good fair 9 1/2, Schmalz (Wilcox) 11 1/2, Speck 9 1/2, Getreidefracht 4. Baumwolle-Zufuhr 13,000 B., Ausfuhr nach Großbritannien 10,000 B., dto. nach dem Continent 4000 B. Verantwortlicher Redakteur: F. Keller in Karlsruhe.

Frankfurter Kurse vom 7. Februar 1882

Table with multiple columns listing various financial instruments, exchange rates, and market prices. Includes entries for Staatspapiere, Eisenbahn-Aktien, and various bank notes.

Bürgerliche Rechtspflege.

Öffentliche Zustellungen. 188. 1. Nr. 3969. Mannheim. Der Handelsmann Herz Schriesheim... 189. 1. Nr. 943. Neustadt. Alois Waldvogel, Landwirt von Bierthaler...

andererseits neben Adolf Ehringer; 8. Plan Nr. 4, Grdst. Nr. 219 -- 1 Hektar 25 Ar 61 Meter Ackerland, Gewann Raienberg...

widrigensfalls dieselben für erloschen erklärt würden. Offenburg, den 28. Januar 1882. Der Gerichtsschreiber: C. Keller.

Steigerungs-Ankündigung. In Folge richterlicher Verfügung werden dem Josef und Johann Meßger in Fiboren die nachstehend bezeichneten Liegenschaften...

meint, daß alle ferneren Benachrichtigungen mit der Wirkung, als wären sie ihm in Person zugehelt, nur an der Gerichtstafel des hiesigen Amtsgerichts angehängt werden.

189. 1. Nr. 943. Neustadt. Alois Waldvogel, Landwirt von Bierthaler, vertreten durch C. S. Ganter hier, klagt gegen den Fabner Heinrich Eisenmann von Neustadt, z. H. unbekannt wo abwesend, aus Darlehen im Betrag von 171 M. 43 Pf., mit dem Antrag auf Verurteilung zur Zahlung dieser Summe...

1. 10 Ar 17 Meter Wiese und 80 Meter Bach, Gew. Riedwiesen, einerseits neben Martin Bühl, Valentin Danal und Ortsweg, andererseits neb. Andreas Müll; 2. 29 Ar 70 Meter Wiese, 2 Ar 75 Meter Grasrain und 1 Ar 38 Mtr. Bach, Gewann Krumbachtal...

Gerichtsschreiber Daumann. In dem Konkursverfahren über das Privatvermögen des Kaufmanns Robert Windens dahier ist zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen des Georg Nitz, Privat dahier, der Ehefrau des Gemeindeführers, Marie, geb. Nitz, und des Banthausbesitzer Christian Nitz dahier Termin auf Dienstag den 7. März 1882...

Donauversteigerung. In Folge richterlicher Verfügung werden dem Heilenhauer Friedrich Horn von Dittisshausen die untenbeschriebenen Liegenschaften — Gemerkung Dittisshausen — Samstag den 4. März d. J., Vormittags 10 Uhr, im Rathhause zu Dittisshausen öffentlich zu Eigentum versteigert und endgiltig zugeschlagen, wenn der Schätungspreis oder mehr geboten wird...

Stodach, den 1. Februar 1882. Der Gerichtsschreiber des Großh. bad. Amtsgerichts: D o t.

174. 1. Nr. 1787. Offenburg. Johanna Falk ledig von Zell Wb., Eilse Ginzendanner in Cannes und Jakob Kamm Ehefrau, Justina, geb. Ginzendanner in Ebnat, Kant. St. Gallen — vertr. durch den Generalbevollmächtigten Agenten Berger dahier — besitzen auf Gemerkung Zell-Wb. (Riedle) 1 Ar 33 Mtr. Hofraithe mit darauffolgendem einstöckigem Hause, einerseits der Thalweg, andererseits der Thalbach, ohne daß ihr Eigentumsrecht zum Grundbuche eingetragen ist. Dieselben haben deshalb das Aufgebotsverfahren beantragt.

Alle diejenigen, welche an obige Liegenschaft Ansprüche oder Rechte haben, werden aufgefordert, solche bis zu dem auf Dienstag den 4. April 1882, bestimmten Termine geltend zu machen, widrigenfalls dieselben für erloschen erklärt würden.

Freiburg, den 4. Februar 1882. Der Gerichtsschreiber des Großh. bad. Amtsgerichts: W a n t e l.

Liegenschafts-Versteigerung. In Folge richterlicher Verfügung werden dem Heilenhauer Friedrich Horn von Dittisshausen die untenbeschriebenen Liegenschaften — Gemerkung Dittisshausen — Samstag den 4. März d. J., Vormittags 10 Uhr, im Rathhause zu Dittisshausen öffentlich zu Eigentum versteigert und endgiltig zugeschlagen, wenn der Schätungspreis oder mehr geboten wird...

Stodach, den 1. Februar 1882. Der Gerichtsschreiber des Großh. bad. Amtsgerichts: D o t.